

Medienmitteilung der IG Freiheit

## Der gesunde Menschenverstand hat gewonnen

**Mit einer Parl. Initiative fordert Nationalrat Christian Lüscher flexiblere Rahmenbedingungen für Tankstellen-Shops an stark frequentierten Hauptverkehrsachsen. Die Wirtschaftskommission des Nationalrats (WAK) stimmte diesem Vorstoss mit 18 gegen 8 Stimmen zu. Die IG Freiheit freut sich über diesen Erfolg: Endlich hat der gesunde Menschenverstand gesiegt. Nun liegt der Ball bei der WAK des Ständerats.**

Am Montag, 30. August, hat die Wirtschaftskommission des Nationalrats eine Parlamentarische Initiative von Nationalrat Christian Lüscher (FDP), Vorstandsmitglied der IG Freiheit, beraten. Der Vorstoss fordert flexiblere Rahmenbedingungen für Tankstellen-Shops, die an stark frequentierten Hauptverkehrsachsen gelegen sind:

**Ergänzung des Arbeitsgesetzes (Art. 27 Abs. 1quater)**

In Tankstellen-Shops bei Autobahnraststätten und an Hauptverkehrsstrassen, in denen hauptsächlich auf die besonderen Bedürfnisse der Reisenden abgestimmte Waren und Dienstleistungen angeboten werden, dürfen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch sonntags und in der Nacht beschäftigt werden.

Diese Forderung orientiert sich an der Volksabstimmung vom 27. November 2005: Damals entschied die Bevölkerung, dass in sog. „Zentren des öffentlichen Verkehrs“ (Flughäfen und grosse Bahnhöfe) die Läden auch sonntags öffnen dürfen.

Die IG Freiheit freut sich über diesen Erfolg – endlich hat der gesunde Menschenverstand gesiegt. Die Parl. Initiative Lüscher bringt nicht nur mehr Freiraum für die Betreiber der betroffenen Tankstellen-Shops, sondern setzt auch ein wichtiges wirtschaftspolitisches Signal: Mit den Forderungen der Verwaltung und der Gewerkschaften wären zahlreiche Arbeitsplätze in den Shops gefährdet gewesen. Dank dem Vorstoss von Christian Lüscher können diese Arbeitsplätze nun gerettet werden.

Die IG Freiheit setzt sich seit bald zwei Jahren für bessere Rahmenbedingungen für die Tankstellen-Shops ein. Im Sommer 2009 hat die IG Freiheit eine Petition mit nahezu 30'000 Unterschriften bei der Bundeskanzlei eingereicht. Die gestern erfolgte Zustimmung der nationalrätlichen Wirtschaftskommission ist ein weiterer Teilerfolg.

Nun liegt der Ball bei der Wirtschaftskommission des Ständerates, welche die Vorlage zu behandeln hat.

---

Zürich, den 31. August 2010

**Für weitere Informationen:**

Gregor A. Rutz, Geschäftsführer IG Freiheit, Tel. 079 220 54 39